

Endstation Langzeitarbeitslosigkeit? Nicht mit uns!

Erwartungen an die neue Landesregierung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in M-V

Nach Auffassung der Unterzeichner ist die Langzeitarbeitslosigkeit ein schwerwiegendes ungelöstes gesellschaftliches Problem, welches eine grundsätzliche Korrektur des gesetzlichen Rahmens für die Arbeitsförderung und Vermittlung der Jobcenter erfordert.

Ein erstes Ziel muss sein, dass künftig kein Kind mehr in einer Familie aufwächst, die ausschließlich auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist!¹

Wir erwarten von der neuen Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern,

- 1.) ihren aktiven Einsatz für eine grundsätzliche Korrektur des SGB II mit dem Ziel, die durch das Hartz-System verursachte Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen und den sozialen Abstieg sowie die Verhinderung von Teilhabe zu überwinden, die Entwertung von Berufsbiographien zu stoppen und die Instrumente dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.²
- 2.) sich auf Bundesebene für eine deutliche Erhöhung der Eingliederungsmittel für die Jobcenter, für einen tatsächlichen Bürokratieabbau bei der Umsetzung des SGB II und für mehr Entscheidungsspielräume vor Ort einzusetzen.
- 3.) den Passiv-Aktiv-Transfer mit einem landesfinanzierten Programm zu erproben.
- 4.) ein wirksames Landeskonzept „Integration durch Arbeit und Teilhabe“ - auch mit Einsatz von Landesmitteln - zu erarbeiten und umzusetzen.
- 5.) Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu einem zentralen Thema im Bündnis für Arbeit und Fachkräftesicherung zu machen.
- 6.) Anreize für eine sinnvolle arbeitsmarktnahe Beschäftigung für Langzeitarbeitslose zu schaffen, wobei einer Beschäftigung bei Arbeitgebern der Vorrang einzuräumen ist.

¹ Vgl. Aktionsplan „Zukunft für Kinder – Perspektiven für Eltern in SGB II“ von DGB und BDA, Herbst 2015

² Vgl. „Weiterentwicklung des SGB II – Vorschläge der SGB II-Träger“, Bundesagentur f. Arbeit, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Berlin, Februar 2016

Die unbestreitbar positive Entwicklung am Arbeitsmarkt kommt nicht bei allen Arbeitslosen an. Landesarbeitsministerin Hesse erklärte auf einer Arbeitsmarktkonferenz am 5.12.2014: „Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht mit den herkömmlichen Mitteln zu bekämpfen.“³ Langzeitarbeitslosigkeit und damit verbundene Armut sind deshalb nach wie vor Alltag für Millionen Menschen bundesweit und aktuell für ca. 170.000 Kinder, Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern - und dies teilweise schon seit Jahren.

Der Zusammenhang zwischen Armut der Eltern und Kinderarmut sowie daraus resultierenden schlechteren Bildungschancen sind hinlänglich belegt. Als Folge ergibt sich eine spätere Einkommensarmut der betroffenen Kinder im Erwachsenenalter.

Die Armutsquote bei Kindern unter 18 Jahren lag 2014 in M-V bei 26,9 Prozent.

Diese Situation ist nicht länger hinnehmbar! Trotz einer positiven Arbeitsmarktentwicklung seit dem Jahr 2010 sieht die Landesregierung „die Armutsbekämpfung nach wie vor als eine wichtige Aufgabe in Mecklenburg-Vorpommern an“.⁴

Ebenfalls hinlänglich belegt ist, dass das Risiko, nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können, mit jedem sogenannten Vermittlungshemmnis steigt und beim Aufeinandertreffen mehrerer Vermittlungshemmnisse gegen Null tendiert. Als Vermittlungshemmnis gelten: Langzeitarbeitslosigkeit, zu hohes Alter, gesundheitliche Einschränkungen oder die Betreuung von Familienangehörigen (Kindern wie Erwachsenen).

Unterzeichner/innen:

Für den Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern

Für den DGB Nord

Für den Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA)

Für den Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern

Für die LIGA der Wohlfahrtsverbände Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, den 12. September 2016

3 Focus online vom 05.12.2014

4 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/5129 vom 12.02.2016 – Kleine Anfrage und Antwort der Landesregierung „Aktuelle Zahlen zur Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern“